

## **Dringliches Postulat SP / Grüne / Gewerkschaften: Unterstützungsmassnahmen fürs Kleingewerbe in Ostermundigen**

Der GR wird beauftragt, Unterstützungsmassnahmen zur Abfederung der Corona Krise in Ostermundigen zu prüfen. Folgende Massnahmen sollen im Detail erörtert werden:

- Einrichtung eines Solidaritätsfonds für Härtefälle
- Abgabe von Gutscheinen an die Haushalte für die Unterstützung des lokalen Gewerbes
- Unbürokratische Genehmigung zur Ausweitung der Geschäftsflächen/ Aussenräume für Restaurationsbetriebe

### **Begründung**

Die Coronakrise hat die Welt voll erfasst. Seit zwei Monaten sind weite Teile des öffentlichen und privaten Lebens stillgelegt oder schwer beeinträchtigt. Der wirtschaftliche Einbruch ist beträchtlich. Man rechnet damit, dass das BIP in der Schweiz um bis zu sieben Prozent sinken könnte. Dies wird auch Ostermundigen beeinträchtigen.

Im Wissen um die knappen finanziellen Ressourcen von Ostermundigen gilt es nun, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie das Kleingewerbe unterstützt werden könnte. Mittelfristig hilft es der Gemeinde, wenn Konkurse verhindert werden können und Betroffene ihre Lebensgrundlage behalten.

Mit einem ausserordentlichen Effort versuchen Bund und Kanton die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern. Kurzarbeitsentschädigungen für Arbeitnehmende, Liquiditätshilfen für Unternehmen, Zugang zur Erwerbsersatzordnung für Selbstständige etc. Das Instrumentarium ist beeindruckend und mag tatsächlich wirken, aber es kann nicht jedes Problem lösen, weil nicht jedes Problem in die eng gefassten Raster passt.

Besonders empfindlich getroffen werden Selbstständige und Mikrounternehmen, die sich in normalen Zeiten gut über Wasser halten können, aber keine oder nur kleine Reserven haben und durch den Wegfall eines wichtigen Teils des Umsatzes die Existenzgrundlage entzogen wird. Für diese Betriebe sind Liquiditätshilfen des Bundes oft ein zweischneidiges Schwert, weil sie schnelle Liquidität um den Preis langfristiger Verschuldung erhalten. Das ist für viele dieser Kleinbetriebe kein sinnvolles Angebot.

**Der GR wird deshalb aufgefordert, die Einführung eines Solidaritätsfonds sowie die Abgabe von Gutscheinen an die Haushalte zur Unterstützung des lokalen Gewerbes, so wie sie in Bern, Thun und Biel eingeführt werden, zu prüfen.**

Aber auch der Ausstieg aus der Krise generiert Kosten. Die vom Bundesrat festgelegte Strategie beinhaltet weiterhin Distanz- und Hygieneregeln. Diese für den Gesundheitsschutz notwendigen Einschränkungen bedeuten jedoch für die Betriebe Mehrkosten respektive Mehraufwand, welche die finanzielle Tragbarkeit der Wiederaufnahme ihrer Aktivitäten – zumindest teilweise – in Frage stellen.



